

Nachhilfe für Anne Brasseur

Und wieder schlechte Noten für die luxemburgische Schulpolitik. Im europäischen Vergleich in puncto Bildungsniveau schneidet Luxemburg am dritt schlechtesten ab. Grund genug für die EU-Kommission, die LuxemburgerInnen in ihrem Bericht zum Brüsseler Gipfeltreffen noch einmal ordentlich abzuwatschen. Und nicht nur das: Das schulische Leistungsniveau hierzulande soll im Zeitraum von 1999-2003 kontinuierlich gesunken sein. Die liberalen Schulreformen, von der zuständigen Ministerin Anne Brasseur (DP) großspurig als Bildungsoffensive angekündigt, scheinen also bisher kaum Wirkung gezeigt zu haben. Trotzdem scheut sich ihre Partei nicht, genau mit diesem Thema Wahlkampf zu machen. "Komm, wir machen weiter", heißt es unbeirrt auf den Wahlkampfplakaten der Blauen. Im Hinblick auf neue Projekte wie jenes zum Cycle inférieur oder das geplante zum Régime préparatoire lässt sich das Beharren vielleicht noch nachvollziehen. Ansonsten gilt es: Bitte nicht, DP!

JungwählerInnen gesucht

Gar nicht mehr grün hinter den Ohren präsentierte sich Déi Jonk Gréng auf einer Pressekonferenz Anfang der Woche. Ganz wie die Großen warb die Jugendorganisation der Grünen mit einer Broschüre für ihre Wahlkampfthemen. Schulpolitik, Umwelt, Frauen und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Europa sowie politische Partizipation speziell der Jugendlichen liegen ihr besonders am Herzen. Dabei erneuerten die KandidatInnen ihre Forderung, das Wahlalter der Jugendlichen von derzeit 18 auf 16 Jahre herabzusetzen.

Demo gegen Antisemitismus

"Wider die antisemitische Internationale" lautet das Motto einer Demonstration am Samstag, den 25. April um 11 Uhr in Saarbrücken, zu der ein Bündnis aus Antifa Saar, Aktion 3. Welt Saar und der deutsch-israelischen Gemeinschaften Trier und Saarbrücken aufgerufen haben. Die VeranstalterInnen kritisieren in einer Pressemitteilung, dass offen verbalisierter Antisemitismus in Deutschland "wieder diskursfähig" sei. Als Beispiele führen sie auch globalisierungskritische Kreise an. Der zunehmende Antisemitismus in Deutschland und Europa werde gerade in linken Kreisen gerne verharmlost, so das Bündnis, "indem er als berechtigter Widerstand migrantischer Gruppen ausgegeben wird". Erst vor kurzem hatte sich auch das EU-Institut zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit besorgt über einen "beträchtlichen Anstieg" des Antisemitismus in mehreren Mitgliedsländern geäußert. Allein in Deutschland nahmen der Beobachtungsstelle zufolge antisemitisch motivierte Handlungen zwischen 1999 und 2000 drastisch zu - um fast 70 Prozent. In Frankreich wurden 2002 mehr als 300 rassistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Vorfälle registriert, von denen jeder zweite gegen die jüdische Gemeinde gerichtet war.

Bushs Nahost-Politik in der Kritik

Die US-Regierung hat in ein Wespennest gestochen, als sie am vergangenen Mittwoch der Annexion von Teilen des Westjordanlandes durch Israel zustimmte. UN-Generalsekretär Kofi Annan erklärte, damit ignoriere Bush die Belange der Palästinenser. Die EU besteht auf einem Festhalten am internationalen Friedensplan, der so genannten "Road Map". Diese Meinung vertritt auch das Luxemburger "Comité pour une paix juste au Proche-Orient". Das zeigt sich über den Vorstoß des US-Präsidenten aber nicht überrascht. "Wir hatten schon immer das Gefühl, dass Bush hundertprozentig auf Linie Scharons war. Die Bush-Regierung braucht die Scharon-Regierung, weil sie eine ebenso gefährliche Politik im Orient betreibt", sagt Präsident Henri Wehenkel, dessen Kollegen selbst gerade im Westjordanland sind und dort den Bau der Mauer beobachten. Diese werde zum Schutz um die 200 Siedlungen gezogen, die dort nach der Eroberung 1967 entstanden. Gleichzeitig diene die Mauer dazu, das Gebiet der Palästinenser zu zerstückeln. "So scheint uns kein Frieden möglich. Ein Frieden müsste auf zwei Staaten aufbauen", erklärt Wehenkel.

Die Palästinenserführung sprach von einem "Todesstoß für den Friedensprozess". Sie hat eine internationale Kampagne gegen die US-Unterstützung für Israels einseitigen Abtrennungsplan angekündigt. Israel hingegen zeigte sich zufrieden und will im Gegenzug fast alle Gebiete im Gazastreifen und auch einige Siedlungen im Westjordanland räumen.

*Zwei Monate vor den Wahlen tut sich was in Sachen "Rockhal", zumindest konzeptuell. Die woxx unterhielt sich mit Josée Hansen, Präsidentin der vor kurzem gegründeten "asbl Centre de musiques amplifiées".*

(Foto: Christian Mosar)



KULTURPOLITIK

# "Die Interessen der Musiker verteidigen"

**woxx: Du hast in der Vergangenheit die Luxemburger Musikszene und auch das Projekt "Rockhal" mit kritischen Artikeln begleitet. Wie willst du als Vorsitzende noch kritisch und unabhängig berichten?**

**Josée Hansen:** Ich sehe in dem Amt die Chance, das Konzept der Rockhal nach meinen Vorstellungen zu beeinflussen. Da es sich im Moment lediglich um eine "asbl" handelt, glaube ich, dass eine solche Funktion mit meinem Beruf als Journalistin durchaus vereinbar ist. Schreiben werde ich zum Thema Rockhal aber nicht mehr.

**Wenn aus dem Verein eine öffentliche Einrichtung wird, bist du dann noch mit von der Partie?**

In der asbl gibt es dreizehn Mitglieder, im "Etablissement public" nur neun. Es ist durchaus denkbar, dass verschiedene Leute, auch ich selbst, sich überlegen werden, ob sie diesen zweiten Schritt dann noch tun wollen - sei es, weil sie keine Zeit haben oder weil es mit ihrer Funktion nicht vereinbar ist.

**Du bist die einzige Frau im Verein.**

Ich finde es natürlich schade, dass nicht mehr Frauen und auch nicht mehr junge Leute dabei sind. Die Musikszene könnte ebenfalls besser in der asbl vertreten sein.

**Birgt die Tatsache, dass die Vereinigung so kurz vor den Wahlen ins Leben gerufen wurde, nicht ein Risiko?**

Mag sein, dass die Gründung jetzt eine Wahlstrategie der Regierung war. Aber selbst wenn, denke ich, müssen wir eben die Gelegenheit nutzen, eine eigenständige Strategie zu entwickeln.

**Es könnte doch sein, dass die nächste Regierung das Projekt wieder stoppt ...**

Dann gehen wir auf die Straße! Ich würde es dramatisch finden, wenn das "Etablissement

public" jetzt nicht noch vor den Wahlen gestimmt wird. Die Escher Gemeinde wartet nur noch auf das Okay vom Innenministerium, um den Bau genehmigen zu können. Wenn das Projekt nicht endlich anläuft, geht die Glaubwürdigkeit verloren.

**Welche Schritte plant der Verein nun?**

Erste Priorität ist, den Bau der Rockhalle zu begleiten. Die zweite ist die Vorausplanung: Im Juni 2005 für die "Fête de la Musique" soll die Rockhalle eingeweiht werden. Bis dahin muss ein Konzept auf den Tisch, wie wir rentabel arbeiten können. Wir müssen eine ganze Reihe Probleme schon im Voraus bedenken. Zum Beispiel, wie wir verschiedene kommerzielle Veranstalter einbinden wollen, oder andere Vereinigungen, die spezifische Musikstile fördern. In einer zweiten Phase wird dann das Programm zusammengestellt.

**Wie steht es mit den Ressourcen: Habt ihr genug Geld und Personal?**

Das ist leider noch etwas unklar. Anfangs waren Unterhaltskosten von zwei Millionen Euro pro Jahr vorgesehen, aber ein konkretes Budget gibt es noch nicht. Da müssen wir schon auf die nächste Regierung warten, um Genaueres zu wissen.

**Wird das neue Gremium noch Einfluss auf die bauliche Gestaltung des Projekts**

**nehmen können? Kritisiert wurde ja beispielsweise, dass die geplanten 13 Proberäume auf sechs reduziert wurden.**

Das bauliche Konzept steht bereits. Daran ist kaum noch etwas umzukrempeln. Jetzt bleibt nur noch die technische Ausstattung zu regeln. Außerdem besteht ein gewisser Druck, endlich den Betrieb aufzunehmen.

Das Problem knappen Probe- raumes besteht weiterhin, genauso wie immer noch kleinere Veranstaltungsräume fehlen. Die Frage ist jedoch, inwieweit der Staat dafür zuständig ist. Das erste Ziel der Rockhalle ist es auf jeden Fall nicht, Probe- räume zur Verfügung zu stellen.

Ich finde es normal, dass ein Rockmusiker skeptisch ist gegenüber dem, was das Parlament oder die Regierung macht. Ich habe von Anfang an darauf gedrängt, dass diese Leute aus der Szene mit einbezogen werden. Für mich ist wichtig, dass das zukünftige "Etablissement public" zuallererst die Interessen der Musiker und des Publikums verteidigt. Auch wer andere Musik als Mozart hört, hat ein Anrecht darauf, dies unter annehmbaren Bedingungen zu tun. Deshalb möchten wir unsere Arbeitsgruppen nach außen öffnen.

**Auch bei der "Rockhal" wurde das Bauprojekt bereits in die Wege geleitet, ohne vor-**

**her über den Inhalt nachzu-**  
**denken.**

Das war nicht meine Entscheidung. Wir müssen jetzt das Beste daraus machen. Es ist klar, dass die Rockhalle keine Priorität dieser Regierung war. Das mag daran liegen, dass der Altersdurchschnitt der Politiker zu hoch ist ...

**Seit den Anfängen hat sich vieles am Konzept der Rockhalle geändert: Von der Gebläsehalle zum eigenständigen Gebäude, vom Kultur- zum Jugendprojekt und wie- der zurück.**

Am meisten nervt mich, dass dadurch jedes Mal das Projekt an sich verzögert wurde. Jetzt liegt jedoch ein lebensfähiges Konzept vor, das auch ein "Centre de ressources" beinhaltet. Dieses spielt eine wichtige Rolle, denn neben dem kleineren Saal umfasst es sowohl ein Dokumentationszentrum wie auch Probesäle oder ein Produktionsstudio. Es geht nicht nur ums Proben, es geht auch um den Vertrieb, die Werbung, die Information über Musikgruppen. Ich glaube, in unserer künstlerischen Szene sind im Moment die Entwicklungen innerhalb der Musikszene am spannendsten. Die Produkte werden immer ausgereifter, lassen sich durchaus vermarkten und brauchen den Vergleich mit dem Ausland nicht zu scheuen. Die Rockhalle muss ein Treffpunkt werden für die Musikszene, wo neue Formen von Zusammenarbeit und Weiterbildung entstehen können.

Dass all dies möglich wird, ist übrigens vor allem der Musikvereinigung "Backline" zu verdanken. Diesen Leuten gebührt nicht nur das Verdienst, Ideen entwickelt, sondern auch den nötigen Druck auf das Ministerium ausgeübt zu haben.

**Wie wird die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Anbieternaussehen? Wird die Rockhalle nicht auch mit harter Konkurrenz zu kämpfen haben?**

Die Zielgruppen sind unterschiedlich: Das Publikum der Philharmonie etwa überschneidet sich wenig mit dem der Rockhalle. Wir sind eher in Konkurrenz mit dem privaten Konzertanbieter "Atelier" und mit der "Kulturfabrik". Die größte Herausforderung wird die Zusammenarbeit mit der Kulturfabrik, die in einigen Bereichen ganz ähnliche Ansprüche wie die Rockhalle hat. Da müssen wir gemeinsam diskutieren, damit es nicht zu Streitereien und Rivalitäten kommt. Wir arbeiten übrigens daran, der Rockhalle eine spezifische Identität zu geben und ihr auch einen repräsentativen Namen zu geben.

**Kommt es in Luxemburg nicht zu einem musikalischen Overkill?**

Ich stelle fest, dass die meisten Konzerte sehr guten Zulauf haben, die Nachfrage besteht also. Wir müssen der Rockhalle eine solche Identität zu geben, dass die Leute auch dann dahin kommen, wenn sie den Headliner nicht kennen, sondern bereit sind, Neues zu entdecken. Das geht nicht ohne eine gewisse Qualität. Es wäre ein Fiasko, wenn auf einmal gesagt würde: Es ist leider kein Geld mehr da, ihr könnt jetzt nur noch Kassenfüller anbieten.

*Interview: Renée Wagener*

Zur Person:

Josée Hansen (36) ist Redakteurin bei der Wochenzeitung "D'Letzebuenger Land". Die engagierte Musikkritikerin wurde vor kurzem zur Präsidentin des "Centre de musiques amplifiées" ernannt, das die Entwicklung der "Rockhal" vorantreiben soll. Die Rockhalle soll vor allem luxemburgischen Musikgruppen als Veranstaltungsort und Proberaum dienen. Der Rockhal-Verein wurde kurzfristig vom Kulturministerium ins Leben gerufen, weil das geplante "Etablissement public", das die Halle später leiten soll, die parlamentarischen Hürden immer noch nicht genommen hat.